

Wahlprüfsteine Kritische Infrastrukturen

Wir haben die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten von CDU Berlin, SPD Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und Die Linke Berlin gefragt:

1. **Wie sieht Ihr Finanzierungskonzept für den Schutz und die Resilienz Kritischer Infrastrukturen - insbesondere der Energieinfrastruktur, der Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie der Telekommunikations- und IT-Infrastrukturen - in Berlin aus?**
2. **Wie sollen die damit verbundenen Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den staatlichen und privaten Betreibern Kritischer Infrastrukturen verteilt werden?**

Auf den folgenden Seiten finden Sie deren Antworten.

Antworten der CDU Berlin

Wie sieht Ihr Finanzierungskonzept für den Schutz und die Resilienz Kritischer Infrastrukturen - insbesondere der Energieinfrastruktur, der Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie der Telekommunikations- und IT-Infrastrukturen - in Berlin aus?

Die CDU Berlin setzt auf gezielte Investitionen in den Schutz und Ausbau unserer Kritischen Infrastrukturen. Wir haben das sogenannte „TOP-Konzept“ etabliert, das technische, organisatorische und physische Maßnahmen zum Schutz neuralgischer Punkte bündelt. Ein zentraler Baustein unseres Finanzierungskonzepts ist die Bereitstellung erheblicher Landesmittel für unsere Infrastrukturen. So investieren wir beispielsweise rund 2,86 Milliarden Euro in den Jahren 2025 bis 2029 in die Modernisierung, Digitalisierung und den Ausbau des Berliner Stromnetzes, das entspricht einer Steigerung von 115 Prozent im Vergleich zum vorherigen Zeitraum. Auch in die Gesundheitsversorgung fließen enorme Summen, wie etwa über 500 Millionen Euro in den Neubau des Deutschen Herzzentrums der Charité. Grundsätzlich gilt für uns: Die Senatsverwaltungen und Bezirke müssen in der Lage sein, in den Bereichen Energie, Wasser, Informationstechnik, Telekommunikation und Gesundheit auch im Notfall handlungsfähig zu bleiben. Entsprechende Investitionen in den Schutz und Ausbau der kritischen Infrastruktur werden in unseren Haushaltsplanungen prioritär berücksichtigt.

Wie sollen die damit verbundenen Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den staatlichen und privaten Betreibern Kritischer Infrastrukturen verteilt werden?

Bei der Kostenverteilung verfolgen wir den Grundsatz der geteilten Verantwortung. Staatliche und private Betreiber Kritischer Infrastrukturen sind in erster Linie selbst für die Sicherheit und Resilienz ihrer Anlagen verantwortlich und tragen die entsprechenden betrieblichen Investitions- und Schutzkosten. Das Land Berlin übernimmt die Verantwortung und die Finanzierung für die landeseigenen Betriebe und Infrastrukturen und unterstützt alle Akteure durch den massiven Ausbau der allgemeinen Sicherheits- und Katastrophenschutzstrukturen. Vom Bund erwarten wir eine angemessene finanzielle Beteiligung und Unterstützung, insbesondere wenn es um länderübergreifende Gefahrenlagen, nationale Sicherheitsstandards (etwa im IT- und Telekommunikationsbereich) oder den Zivilschutz geht. Die enge, behördenübergreifende Zusammenarbeit zwischen KRITIS-Betreibern, Hilfsorganisationen, dem Land Berlin und den Bundesbehörden ist für uns ein Schlüssel, um die Lasten fair zu verteilen und unsere Stadt gemeinsam krisenfest zu machen.

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Wie sieht Ihr Finanzierungskonzept für den Schutz und die Resilienz Kritischer Infrastrukturen - insbesondere der Energieinfrastruktur, der Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie der Telekommunikations- und IT-Infrastrukturen - in Berlin aus?

Wenn die Krise da ist, ist der Katastrophenschutz in aller Munde. Doch kaum rückt dieser von der tagessaktuellen Agenda haben Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen das Nachsehen und die Kosten in der Krise kommen noch teurer zu stehen. Hier ist ein haushalterisches Umdenken notwendig. Grundlage eines tragfähigen Finanzierungskonzepts müssen in der nächsten Legislatur zunächst umfassenden Risikoanalysen und Bedarfsplanungen sein - und zwar für alle Ressorts. Darauf aufbauend müssen in allen Bereichen Notfallpläne erstellt werden. Es braucht eine gesamtstädtische Resilienzstrategie aus dem Roten Rathaus. Katastrophenschutz ist neben der Finanzierungsfrage auch eine Frage von Strukturen und funktionierender Institutionen, damit im Ernstfall die Zahnräder ineinandergreifen.

Wie sollen die damit verbundenen Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den staatlichen und privaten Betreibern Kritischer Infrastrukturen verteilt werden?

Bereits heute leisten die Betreiber kritischer Infrastruktur in Berlin Investitionen in die Resilienz, ihre Anlagen und Einrichtungen zu sichern und mit Resilienz- und Redundanzmaßnahmen auszustatten. Auch das Land wird hier zukünftig stärker gefördert sein, die Ziele des Kritik Dachgesetzes umzusetzen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass angesichts der bestehenden Haushaltslage das Land Berlin die entstehenden Kosten nicht allein tragen können. Daher haben sich Bündnis 90/Die Grünen auch im Bund für eine Ergänzung des Sondervermögens für den Zivil- und Katastrophenschutz stark gemacht. Es braucht gerade für uns als Hauptstadt eine verbindliche Bund-Länder-Vereinbarung über Finanzierung und Aufgabenteilung im Zivil- und Katastrophenschutz. Bereits heute sehen wir, dass bereitgestellte Finanzmittel aus dem Sondervermögen nicht zielgerichtet ausgeben, sondern nach alten Mustern in Einzelanschaffungen gesteckt werden, die keinem Gesamtkonzept oder einer strategischen Priorisierung folgen.

Antworten von DIE LINKE Berlin

Wie sieht Ihr Finanzierungskonzept für den Schutz und die Resilienz Kritischer Infrastrukturen - insbesondere der Energieinfrastruktur, der Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie der Telekommunikations- und IT-Infrastrukturen - in Berlin aus?

Hinsichtlich des Schutzes kritischer Energieinfrastruktur unterstützen wir Stromnetz Berlin bei der Umsetzung erforderlicher Maßnahmen und bei Bedarf mit weiterer Eigenkapitalausstattung für erforderliche Investitionen. Weitere Maßnahmen zur Absicherung bei Stromausfällen wie zum Beispiel zur Stärkung der Notstromversorgung und von Inselnetzen sowie die Nachrüstung von durch die Berliner Stadtwerke betriebenen PV-Anlagen mit notstromfähigen Speichern, wollen wir gezielt umsetzen und finanzieren.

Hinsichtlich der Sicherheit der Wasserversorgung und -entsorgung ist Berlin gut aufgestellt. Diese Maßnahmen werden wir zusammen mit den Berliner Wasserbetrieben weiterentwickeln und bei Bedarf auch finanziell unterstützen.

Die meisten Telekommunikationsnetze werden privatwirtschaftlich betrieben. Es gehört daher zur Aufgabe dieser Unternehmen, die Ausfallsicherheit zu gewährleisten. Die öffentlich betriebenen Netze (digitaler Behördenfunk und Landesnetz) sind physisch redundant, logisch flexibel aufgebaut und verfügen zumindest auf höherer Ebene (Backbones) über eine eigene Notstromversorgung.

Für den Katastrophenschutz sehen wir umfangreiche Maßnahmen von der Ausstattung der Katastrophenschutzbehörden und der Bezirke bis zur öffentlichen Kommunikation im Katastrophenfall vor.

Wie sollen die damit verbundenen Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den staatlichen und privaten Betreibern Kritischer Infrastrukturen verteilt werden?

Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes war ein erster wichtiger Hebel zur Schaffung von Investitionsspielräumen - diese gilt es jetzt mit besonderer Priorität für die kritische Infrastruktur zu verwenden. Die 500 Milliarden Euro werden jedoch nicht ausreichen, da alleine im Bereich der Wasserwirtschaft ein Investitionsbedarf von 800 Milliarden Euro bis 2045 gemeldet wurde.

Der finanzielle Spielraum der Kommunen und der Länder ist erschöpft und ohne weitere von Die Linke seit sehr langer Zeit geforderte Einnahmen aus z.B. einer Vermögenssteuer, einer konsequenteren Besteuerung von Erbschaften und einer Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse werden diese Akteure die Investitionen in die kritische Infrastruktur nicht leisten können. Hier muss auf Bundesebene endlich ein Umdenken stattfinden!

Die Linke fordert generell und seit sehr langer Zeit die Rekommunalisierung und Vergesellschaftung von kritischer Infrastruktur, da wir es ablehnen, dass mit Grundbedürfnissen wie Energie und Wasser Profitinteressen verfolgt werden. Berlin hat mit der Rekommunalisierung des Stromnetzes und des Fernwärmenetzes in den letzten Jahren erste wichtige Schritte unternommen. Insofern ist ein Kostenausgleich für private Betreiber Kritischer Infrastrukturen von unserer Seite nicht vorgesehen.

Antworten der SPD Berlin

Berlin muss seine kritische Infrastruktur konsequent gegen neue Bedrohungen schützen. Mit dem TOP-Konzept setzen wir auf technischen Schutz, organisatorische Vorsorge und stärkere physische Sicherung neuralgischer Punkte. Gleichzeitig müssen wir Netz-Redundanzen schaffen, Energiequellen diversifizieren, Netze modernisieren und den Schutz unserer IT-Systeme massiv ausbauen. Dafür stehen Investitionen der landeseigenen Unternehmen in Milliardenhöhe bereit: von Stromnetz Berlin, über die BEW, bis hin zu den Wasserbetrieben. Über den Klimapakt stärken wir sie zusätzlich mit Eigenkapital. Es ist klar: Die KRITIS-Betreiber und letzten Endes auch die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht unbegrenzt belastet werden. Notwendige Resilienzkosten müssen durch die Bundesnetzagentur anerkannt und angemessen über Netzentgelte und weitere Instrumente finanziert werden und wir brauchen auch Fördermittel und gezielte Infrastruktursicherheitsfonds. Berlin trägt als Hauptstadt ein besonderes Risiko. Deshalb müssen Bund und Land beim Hauptstadt- und KRITIS-Schutz enger zusammenarbeiten. Das betrifft sowohl die Kosten, aber auch eine engere Verzahnung der Sicherheitsstrukturen und dafür habe ich einen Landessicherheitsrat analog zum Nationalen Sicherheitsrat vorgeschlagen.